



„Gott, ich vermisse ihn.“

US-Präsident Joe Biden kann sich bei seiner ersten Pressekonferenz einen Seitenhieb auf Donald Trump nicht verkneifen



„Ich bin sehr optimistisch, dass es gelingt, einen solidarischen Ausgleich in Europa zu schaffen.“

Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) hat am Freitag die Ergebnisse des EU-Gipfels verteidigt

Impfstreit: Gernot Blümel kritisiert „Politik der Angstmacherei“

WIEN (APA). Der Streit um die Verantwortung für das eher gemächliche Impftempo in Österreich geht weiter. Die SPÖ bemühte dazu am Freitag Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) zu einer dringlichen Anfrage ins Hohe Haus, um Aufklärung zu erhalten. Dieser wies Vorwürfe aller Art zurück und bestritt, beim Impfen gespart zu haben.



Gernot Blümel

APA

Ein Budgetlimit beim Impfstoff wäre geradezu absurd gewesen, betonte Blümel. Die Position sei immer gewesen, so viel wie möglich zu beschaffen. Wie man am Beispiel Kurzarbeit sehe, sei immer Geld nachgeschossen worden, wenn dies nötig gewesen sei.

Die SPÖ hatte sich an die Spitze der Blümel-Kritiker gestellt, weil in einem Ministerratsvortrag vom Finanzministerium der Wunsch des Gesundheitsressorts nach einem Budget von mehr als 200 Millionen für Impfungen zurückgewiesen worden sei. Der Finanzminister meinte dazu, eine Formulierung „kostet mehr als“ sei nicht adäquat für das Haushaltsrecht.

Der stellvertretende SPÖ-Klubchef Jörg Leichtfried ist dagegen überzeugt, dass Blümel

sparen habe wollen. Wörtlich sprach er bei der Begründung der „Dringlichen“ Freitagnachmittag im Nationalrat von „Impfknauseri“. Mit den vorhandenen 200 Millionen hätten nicht die Impfstoffe bestellt werden können, die bestellbar gewesen wären – für Leichtfried ein „unglaublicher Fehler“.

Wegen dieses „Geiz ist geil“-Mottos könnten die Österreicher nicht geimpft werden, ärgerte sich Leichtfried. Blümel sprach im Gegenzug von einer „Politik der Angstmacherei“.

Gegen den Finanzminister wurde von der FPÖ ein Misstrauensantrag eingebracht. Der Antrag wurde mehrheitlich abgewiesen.

Streit um die Verteilung

IMPfstoff: Die EU-Staaten wollen rasch mehr Impfstoff für ihre Bürger – Forderung nach Exportverbot

BRÜSSEL (dpa). Die EU-Staaten streiten auch nach ihrem Gipfel weiter über die Verteilung knapper Corona-Impfstoffe. Am Freitag pochte Tschechien abermals auf Korrekturen, und auch Österreich hofft nach wie vor auf zusätzliche Impfstoffmengen. Nun soll in Brüssel erneut verhandelt werden.

Einig waren sich die Staats- und Regierungschefs aber, dass Impfstoff-Exporte in Drittstaaten überwacht werden sollen, damit die EU insgesamt von den Herstellern fair beliefert wird.

Möglich sind damit auch Exportverbote – die aber aus Furcht vor Gegenmaßnahmen nur im Notfall verhängt werden sollen. Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte dazu: „Wir haben bezüglich der Exportkontrollverordnung geäußert, dass wir keinerlei Störung der internationalen globalen Lieferketten wollen, aber dass wir natürlich daran interessiert sind, dass die Firmen, die mit uns Verträge abgeschlossen haben, auch wirklich vertragstreu sind.“ Die EU liefere Corona-Impfstoff in alle Welt, anders als die USA oder Großbritannien. Man wolle aber auch die eigene Bevölkerung versorgen.

Teilerfolg für Österreich

Angesichts des Mangels hatten Österreich und 5 weitere Staaten Korrekturen an der internen Verteilung der Impfstoffe in der EU verlangt. Doch erreichten sie beim Gipfel wenig. In ihrer Abschlusserklärung bekräftigten die Staats- und Regierungschefs im Grundsatz den bisherigen Verteilschlüssel nach Bevölkerungsgröße. Nach stundenlangem Streit wurde nur vereinbart, über eine vorgezogene Teillieferung von 10 Millionen



Während der Videokonferenz der EU-Staats- und Regierungschefs (groß im Bild Bundeskanzler Sebastian Kurz) wurde US-Präsident Joe Biden für ein Statement zugeschaltet.

BUNDESKANZLERAMT/DRAGAN TATIC/DRAGAN TATIC

Impfdosen von Biontech/Pfizer „im Geiste der Solidarität“ weiter zu verhandeln. Damit könnten kurzfristig einige Löcher gestopft werden.

Bisher lief die Verteilung so: Grundsätzlich haben die Staaten Zugriff auf einen Anteil gemäß ihrer Bevölkerungsstärke in der EU – für Deutschland sind das knapp 19 Prozent. Will ein Land seinen Anteil nicht oder nicht ganz, können andere EU-Staaten die Mengen aufkaufen. Einige Staaten waren zum Beispiel skeptisch beim teuren Impfstoff von Biontech/Pfizer und setzten stärker auf das preiswerte Astrazeneca, bei dem es jetzt erhebliche Lieferprobleme gibt. So gerieten sie ins Hintertreffen.

Der tschechische Ministerpräsident Andrej Babis sagte am

Freitag, wenn das System so weitergeführt werde wie bisher, würden manche Staaten im Sommer genug Impfstoff für 90 Prozent ihrer Bevölkerung haben, andere aber nur für 40 Prozent. „Das ist inakzeptabel.“ Tschechien ist mit mehr als 500 Ansteckungen auf 100.000 Einwohner derzeit besonders hart von Corona betroffen.

Babis begrüßte, dass 10 Millionen vorgezogene Dosen des Biontech/Pfizer-Impfstoffs für einen Ausgleich genutzt werden könnten. Über die Aufteilung dieser Lieferung, die der Hersteller zusätzlich fürs zweite Quartal zugesagt hatte, wurde aber bereits vor dem Gipfel gestritten, und auch der brachte noch keine Lösung.

Österreichs Kanzler Sebastian

Kurz räumte am Freitag ein, dass ein Kompromiss gefunden werden müsse. Er wollte nicht sagen, wie viele zusätzliche Impfdosen er sich erhofft, zeigte sich aber optimistisch, dass Österreich von einer Lösung profitieren werde.

Vor allem Kurz war bei den übrigen Staats- und Regierungschefs mit seinen Forderungen nicht gut angekommen. „Sebastian Kurz hat sich verzockt“, sagte ein EU-Diplomat. Der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte sagte, ein Blick auf die Zahlen zeige, dass vor allem Bulgarien, Lettland und Kroatien ein Problem hätten. Denen wolle man helfen. Bei Österreich könne er dies hingegen derzeit nicht erkennen.

© Alle Rechte vorbehalten

Söders Weckruf an die Union

MÜNCHEN (dpa). Exakt ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl sieht CSU-Chef Markus Söder die Union in einer äußerst schwierigen Lage. „Es sortiert sich völlig neu“, sagte der bayerische Ministerpräsident am Freitag nach einer Sitzung des Parteivorstands in München. Wie die neuesten Umfragen zeigten, gehe es für CDU und CSU nicht mehr um die Frage, „mit wem man regiert, sondern ob man regiert“.



Markus Söder

APA/afp

Mit Blick auf die neuesten Umfragen betonte Söder, die Union dürfe den sich ankündigenden Stimmungswechsel nicht ignorieren: „Wir müssen aufpassen als CDU und CSU.“ Nur weil die Union seit 16 Jah-

ren die Verantwortung im Bund innehat, werde dies nicht automatisch so weitergehen. „Wir müssen das Kämpfen wieder lernen“, sagte er. Es brauche daher eine klare Linie und eine klare Führung.

EUROPA-SPLITTER

„Wenn nicht wir, wer dann?“

BRÜSSEL: EU stellt ihre neue Kinderrechts-Strategie sowie eine „Kindergarantie“ vor

Rund 10.000 Kinder haben sich eingebracht im Rahmen einer Konsultation zur Vorbereitung der neuen EU-Kinderrechts-Strategie. Diese Woche wurde die neue Strategie vorgestellt.

Sie betont, dass es wichtig sei, Kinder mehr an der Gestaltung unserer Gesellschaften zu beteiligen. Schließlich sind es die Jüngsten unter uns, die am dauerhaftesten mit den Folgen gegenwärtiger Politik zu leben haben. Nicht umsonst stellte ein 16-jähriger Bub auf dem 13. Europäischen Forum für die Rechte des Kindes folgende Frage: „Wenn nicht wir, wer dann?“

Tatsächlich haben 15 EU-Mitgliedstaaten Kinder- oder Jugendparlamente. Aber in nur 4 Mitgliedstaaten ist es gesetzlich vorgesehen, dass die Ansichten von Kindern einbezogen werden müssen, wenn Gesetze angenommen werden. Eine EU-Studie kam zu dem Ergebnis, dass eines von 5 Kindern in der EU unglücklich aufwächst und sich Sorgen um die Zukunft



Sie sind klein und ihre Stimmen leise: Umso wichtiger ist der Welttag der Kinderrechte.

Shutterstock

macht. Ein Drittel der befragten Kinder hat Diskriminierung oder Ausgrenzung erlebt. Diese Rate stieg auf 50 Prozent, wenn man Kinder mit Behinderungen, Migranten, ethnische oder sexuelle Minderheiten befragt.

Was die EU-Kommission besonders besorgt, ist der anhaltende Mangel an Chancengleichheit. Zwar nimmt die Kinderarmut ab. Dennoch sind mehr als 20 Prozent der Kinder in der EU von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Dies trifft für etwa die Hälfte der Kinder von Eltern mit niedrigem Bildungsgrad zu. Kinder von Eltern mit einem hohen Bildungsgrad trifft dieses Risiko nur in 10 Prozent der Fälle. Vor diesem Hintergrund hat die Kommissi-

on diese Woche auch eine „Europäische Kindergarantie“ vorgeschlagen. Diese soll helfen, den Kreislauf von sozialer Ausgrenzung zu schlechterer und kürzerer Schulausbildung, Langzeitarbeitslosigkeit und wiederum Armut zu durchbrechen. Die Europäische Kindergarantie würde die am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten auffordern, 5 Prozent ihrer Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds Plus für die Bekämpfung von Kinderarmut und sozialer Ausgrenzung auszugeben. Auf Ersuchen des Europäischen Parlaments testet die EU-Kommission nun dies zusammen mit UNICEF in Italien und 3 weiteren EU Mitgliedstaaten.

Was will die Europäische Kindergarantie ermöglichen? 4 Bereiche stehen im Zentrum:

1. Frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung, schulbezogene Aktivitäten und eine gesunde Mahlzeit pro Schultag,
2. Effektiver und kostenloser Zugang zu einer hochwertigen Gesundheitsversorgung,
3. Effektiver Zugang zu ausreichender und gesunder Ernährung,
4. Für bedürftige Kinder ein effektiver Zugang zu angemessenem Wohnraum. Diese politischen Ideen müssen nun umgesetzt werden. Die Strategie endet mit dem Zitat eines Kindes, welches im Eurochild-Kinderrat meinte: „Taten sagen mehr als Worte.“

© Alle Rechte vorbehalten

4 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg*



werden angehalten, entsprechende Gelder für die Bekämpfung von Kinderarmut zu reservieren.

„D“: Ist Kinderarmut ein Problem in Italien?

Toggenburg: Ja, eindeutig. Italien liegt mit über zweieinhalb Millionen Kindern, die von Armut bedroht sind, auf einem traurigen Platz 2 in der EU.

„D“: Es geht auch um Schutz gegen Gewalt. Was ist vorgesehen?

Toggenburg: Es wird eine Empfehlung zur Prävention schädlicher Praktiken gegen Frauen und Mädchen geben. Es soll auch eine Initiative zur Stärkung integrierter Kinderschutzsysteme geben – alle zuständigen Behörden und Dienste sollen Kinder in den Mittelpunkt stellen. Sofern noch nicht verfügbar, soll ein Kindermotruddienst (116 111) und ein Notruddienst für vermisste Kinder (116 000) eingerichtet werden.

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz

„Dolomiten“: Was will die EU-Kinderrechts-Strategie?

Gabriel N. Toggenburg: Die EU-Kommission will hier 5 Ziele voranbringen: Erstens, Kinder und Jugend mehr am politischen Leben beteiligen. Zweitens, Kinderarmut und soziale Ausgrenzung bekämpfen. Drittens, Gewalttaten gegen Kinder verhindern. Viertens, die Justizsysteme kindergerecht gestalten und fünftens, Kindern ein sicheres Internet und digitale Chancen bieten.

„D“: Und worum geht es bei der Europäischen Kindergarantie?

Toggenburg: Hier steht die Beseitigung von Armut und soziale Ausgrenzung im Alltag von Kindern im Vordergrund. Im Unterschied zur Strategie, muss die Kindergarantie erst vom Rat der EU angenommen werden. Die Mitgliedstaaten